

Transparenz- und Informationspflichten gem. Art. 13, 14 DSGVO

Thema: Rechtliche Betreuung - Mitwirkung am Betreuungsverfahren, Vermittlung anderer Hilfen und Führung von Behördenbetreuungen

Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten. Hiermit möchten wir Sie über konkrete Details sowie die Modalitäten der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und welche Rechte Ihnen in diesem Zusammenhang zustehen informieren.

Nach Art. 12 ff. DSGVO stellen wir Ihnen mit diesem Schreiben die Pflichtinformationen im Bereich der Betreuungsstelle zur Verfügung, bitte nehmen Sie diese Informationen zur Kenntnis:

Verantwortliche:r für die Datenverarbeitung	Landkreis Northeim vertreten durch die Landrätin / den Landrat Medenheimer Str. 6/8, 37154 Northeim Telefon: 05551 708-0, FAX: 05551 708-81223 E-Mail: info@landkreis-northeim.de
Fachverantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung	Fachbereich 36 – Pflege, Betreuung und Jugendberufshilfe - Betreuungsstelle - Telefon: 05551 708-81698 E-Mail: Betreuungsstelle@landkreis-northeim.de
Kontakt Daten Datenschutzbeauftragte:r	Kommunale Dienste Göttingen (kAÖR) Die externe behördliche Datenschutzbeauftragte Paulinerstraße 14, 37073 Göttingen Telefon: 0551 / 384-4195 E-Mail: datenschutz@kdgoe.de
Zwecke der Datenverarbeitung	• Information und Beratung in betreuungsrechtlichen Fragen, Vermittlung anderer Hilfen • Beratung und Unterstützung von Betreuern und Bevollmächtigten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben • Unterstützungspflicht des Betreuungsgerichts, insbesondere durch Erfüllung von Berichtspflichten im Rahmen der gerichtlichen Anhörung, Sachverhaltsaufklärungen, Vorschlag und Prüfung der Eignung von Betreuungspersonen sowie die Gewinnung geeigneter Betreuer*innen • Mitteilung von Umständen an das Betreuungsgericht, die bei erheblicher Gefahr für das Wohl der betroffenen Person, betreuungsrechtliche Maßnahmen erfordern • Aufklärung und Beratung sowie die Durchführung von Unterschriftsbeglaubigungen bei Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen • Führung von Behördenbetreuungen • Mitteilung von ehrenamtlichen Betreuern an den Betreuungsverein • Datenweitergabe zur Vereinbarung eines persönlichen Kennenlernesgesprächs (zwischen Betroffenen und berufliche*n Betreuer*in)

Rechtsgrundlagen zur Datenverarbeitung	Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. c und e sowie Art. 9 Abs. 2 lit. b Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), i. V. m. § 4 Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG): Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Behörde zur Aufgabenerfüllung (bezogen auf §§ 5-13 BtOG) § 5 BtOG: Beratungs-, Unterstützungs- und Informationspflicht gegenüber Bevollmächtigten, Vollmachtgebern, Betreuern und Betreuerinnen § 8 BtOG: Beratung und Unterstützung betroffener Personen sowie Vermittlung geeigneter Hilfen und Umsetzung erweiterte Unterstützung § 9 BtOG: Wahrung lebenswichtiger Interessen der Betroffenen im Rahmen der Übermittlungsbefugnis der Behörde an das Gericht § 10 BtOG: Mitteilung an Betreuungsvereine § 11 BtOG: Unterstützungspflicht gegenüber dem Betreuungsgericht Wahrung von Aufgaben im öffentlichen Interesse, insbesondere von Rechten von Personen im Sinne des § 1814 Abs. 3 BGB § 12 BtOG: Betreuervorschlag an das Betreuungsgericht im Wege der Sozialberichterstattung § 20 BtOG: Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Behördenbetreuer zur Aufgabenerfüllung In den Fällen, in denen die Datenverarbeitung nicht auf einer gesetzlichen Grundlage erfolgt, erfolgt die Datenverarbeitung mit der Einwilligung des Betroffenen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a sowie Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO.
Kategorien und Arten personenbezogener Daten	Wir verarbeiten folgende Datenkategorien und Datenarten: 1. von der Betreuung betroffene Person a) Kontakt und Stammdaten: Nachname, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Geburtsname, Nationalität, Familienstand, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse Weitere mögliche Kategorien personenbezogener Daten: b) Biografische Daten und Daten zur sozialen Situation: insbesondere Schulausbildung, beruflicher Werdegang, Wohnsituation, Angabe über familiäre und soziale Situation, Informationen zur praktischen Lebensbewältigung, andere Hilfen c) Finanzielle Situation: insbesondere Einkommen, Bezug von Sozialleistungen, Schulden, Vermögen, Selbstständigkeit bezüglich der Regelung finanzieller Angelegenheiten d) Gesundheitliche Situation: gesundheitliche Einschränkungen wie Erkrankungen und Behinderungen, Ärztliche Versorgung, Krankenversicherung, Pflegegrad u.a. 2. Familienangehörige der von der Betreuung betroffenen Person a) Kontakt und Stammdaten: Nachname, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Geburtsname, Nationalität, Familienstand, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse b) familiäre Beziehung zur von der Betreuung betroffenen Person 3. Betreuer/in Kontakt und Stammdaten:

	Nachname, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse 4. Bevollmächtigte/r Kontakt und Stammdaten: Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse
Empfänger Ihrer Daten (intern / extern)	Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt ausschließlich, soweit dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist, und nur im jeweils notwendigen Umfang sowie auf Grundlage einer entsprechenden rechtlichen Grundlage. Empfänger Ihrer Daten können insbesondere folgende Stellen sein: • Betreuungsgerichte, Amtsgerichte, Landgerichte • Vorgeschlagene und eingesetzte Betreuer*innen • Medizinische Einrichtungen, Pflegeeinrichtungen oder soziale Einrichtungen • Polizei- und Strafverfolgungsbehörden • Betreuungsbehörden • Betreuungsverein bei Vorschlag einer ehrenamtlichen Betreuungsperson • Sozialpsychiatrischer Dienst • Rettungsleitstelle • Ordnungsämter • Andere Hilfsstellen, nur wenn Sie zuvor in die Übermittlung eingewilligt haben Für die Verarbeitung Ihrer Daten setzen wir erforderliche Softwareprodukte ein und bedienen uns hierzu der folgenden Auftragsverarbeiter: prosozial GmbH. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt dabei ausschließlich nach unserer Weisung und auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrages gemäß Art. 28 DSGVO. Eine Verarbeitung zu eigenen Zwecken durch die eingesetzten Dienstleister findet nicht statt.
Datenübermittlung an ein Drittland	Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland übermittelt.
Verpflichtung zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten	Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Betreuungsbehörde benötigt diese Daten, um ihre Aufgaben nach dem Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) sowie im Rahmen der Mitwirkung im gerichtlichen Betreuungsverfahren erfüllen zu können. Ohne die erforderlichen Angaben ist eine Prüfung des Unterstützungsbedarfs, die Vermittlung geeigneter Hilfen sowie die gesetzlich vorgesehene Mitwirkung gegenüber dem Betreuungsgericht nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies kann zur Folge haben, dass notwendige Unterstützungsleistungen nicht erbracht oder Verfahren nicht sachgerecht durchgeführt werden können. Soweit die Datenverarbeitung ausnahmsweise nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, erfolgt sie freiwillig auf Basis Ihrer Einwilligung. In

	diesen Fällen hat die Nichtbereitstellung keine unmittelbaren rechtlichen Nachteile.
Dauer der Speicherung (Löschfristen, Aufbewahrungsfristen, Archivierungsfristen mit entsprechender Rechtsgrundlage)	Die personenbezogenen Daten werden durch die Betreuungsbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung der eigenen Aufgaben nicht mehr benötigt werden und die Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Wird eine gesetzliche Betreuung eingerichtet, werden die Daten bis zum Ende der Betreuung gespeichert. Nach Ende der Betreuung erfolgt die Löschung der Daten nach fünf Jahren. Wird keine Betreuung eingerichtet, werden die Daten ebenfalls nach fünf Jahren gelöscht. Erfolgte eine Behördenbetreuung mit Vermögenssorge beträgt die Aufbewahrungsfrist 30 Jahre, ohne Vermögenssorge 10 Jahre. Personenbezogene Daten, die Rahmen der Vermittlung anderer Hilfen verarbeitet werden, werden nach Abschluss der Vermittlung nach drei Jahren gelöscht.
Ihre Rechte (Betroffenenrechte)	Ihnen stehen folgende Rechte zu: - Auskunft (Art. 15 DSGVO) - Berichtigung (Art. 16 DSGVO) - Löschung (Art. 17 DSGVO) - Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) - Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) - Widerspruch (Art. 21 DSGVO) - Automatisierte Entscheidungsfindung (Art. 22 DSGVO) - Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO) - Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)
Beschwerderecht	Des Weiteren steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu: Der/Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen Prinzenstraße 5, 30159 Hannover Telefon: 0511 120 45 00 E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de Auf der Internetseite steht zudem ein Online-Beschwerdeformular zur Verfügung: www.lfd.niedersachsen.de
Quelle der personenbezogenen Daten	Personenbezogene Daten sind grundsätzlich bei dem Betroffenen zu erheben. Bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage oder der Einwilligung des Betroffenen kann die Betreuungsbehörde personenbezogene Daten bei folgenden anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben: Angehörige, Sozialleistungsträger (z. B. Sozialhilfeträger, Jobcenter) und andere Behörden (z. B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde), Gerichte, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, Meldebehörden, Ärzten und Therapeuten, Pflegeheime, Krankenhäuser, Sozialstationen, Pflegedienste
Stand/Datum der letzten Überarbeitung	Version 1.1 / Stand vom 11.06.2026